

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
3,10 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,70 DM zuzügl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . 0,15 DM
Untl. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM
Stellengesuche . . . 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 154

Halver, Donnerstag, den 5. Juli

1951

Richtungswechsel für Bundesgrenzschutz gefordert

Scharfer SPD-Vorstoß gegen Dr. Lehr

„Zuviel hohe Wehrmachtsoffiziere“ - Bonn will 20 000 Mann - Leichte Panzer vorgeschlagen

rdt. Bonn, 4. Juli

Der frühere Düsseldorfer Landesinnenminister Dr. Menzel (SPD) richtete am Mittwoch wegen der Entwicklung des Bundesgrenzschutzes heftige Angriffe gegen den Bundesinnenminister, die Dr. Lehr am gleichen Tage mit einer sachlichen und selbstsicheren Entgegnung beantwortete. Wenn der sozialdemokratische Sprecher es als wünschenswert bezeichnet hatte, beim Aufbau des Bundesgrenzschutzes die Steuer um 180 Grad herumzuwerfen, so erwiderte Dr. Lehr: „Sie wissen ja, ich bin kein Mann der schnellen Kehrtwendungen.“

Dr. Lehr betonte, er würde es sehr bedauern, wenn die SPD ihre Einstellung zu den Polizeifragen einer — von Menzel angekündigten — Gesamtrevision unterziehen würde. Er habe Wert darauf gelegt, diese Probleme auf einer möglichst breiten Basis zu lösen und habe die Opposition dabei genau so behandelt wie die Regierungsparteien, denn „die innere Sicherheit ist nicht Sache einer Partei oder einer Regierungskoalition“. Er kündigte weiter an, er habe die SPD-Abgeordneten Friedrich Maier, Mellies und Dr. Menzel (alle SPD) zu einer Aussprache eingeladen.

Wir stellen im folgenden Angriff und Erwiderung in ihren Hauptargumenten einander gegenüber.

Vorwurf der SPD: Von dreizehn leitenden Mitarbeitern beim Aufbau des Bundesgrenzschutzes kämen sechs aus dem Generalstab, seien sechs weitere höhere Offiziere gewesen und nur einer der in den nächsten Tagen ausscheidet, sei Polizeifachmann.

Entgegnung Dr. Lehr: Die Auswahl der höheren Polizeiführer war deswegen schwierig, weil die höheren Polizeifachleute zum großen Teil durch den Nationalsozialismus vorbelastet sind. Aus diesem Grunde mußten im Zuge der monatelangen, sehr sorgfältigen Ueberprüfungen in vielen Fällen fachlich geeignete Kräfte zurückgewiesen werden.

Vorwurf der SPD: Die Standorte des Bundesgrenzschutzes liegen nicht, wie das Gesetz vorschreibt, in den vorgesehenen dreißig Kilometer breiten Streifen entlang der Zonengrenze, so daß die Truppe eines Tages in Essen und Düsseldorf eingesetzt werden könnte.

Entgegnung Dr. Lehr: Innerhalb des vorgesehenen Grenzstreifens wird der Streifendienst durchgeführt. Ausbildung und Vorbereitung des Grenzschutzes muß sich jedoch danach richten, wo Kasernen zur Verfügung stehen, schon um Steuergelder zu sparen. Da die Truppe voll motorisiert sei und über modernes Nachrichtenmittel verfüge, könne sie jederzeit an der Grenze eingesetzt werden. Im übrigen sei die Bundesregierung in der Wahl der Standorte völlig frei, es sei also kein Abkommen und kein Gesetz verletzt.

Churchill und Attlee gerieten aneinander

Tumult im Unterhaus wegen Shinwell-Erklärung — „Verteidigung gefährdet“

dmf. London, 4. Juli

Im britischen Unterhaus kam es am Mittwoch zu einem heftigen Wortwechsel zwischen Premierminister Attlee und dem Oppositionsführer Winston Churchill. Anlaß dazu war eine Erklärung des Verteidigungsministers Shinwell vom vergangenen Sonntag, daß die Regierung bei den ersten günstigen Anzeichen nur zu gern bereit sei, das Wiederaufrüstungsprogramm zu kürzen.

Premierminister Attlee versuchte den Verteidigungsminister zu decken und wies darauf hin, daß die britische Regierung sich stets mit anderen Staaten um eine Abrüstung bemüht habe. Sollte sich eine echte Bereitschaft zur allgemeinen Abrüstung feststellen lassen, so werde Großbritannien ebenfalls die Stärke seiner Streitkräfte erneut überprüfen. Bis dahin allerdings würden die Bemühungen um eine Stärkung der Verteidigungskraft in keiner Weise gemindert werden.

Churchill erwiderte darauf, daß Erklärungen wie sie Shinwell abgegeben habe, dazu angetan seien, den Ausbau der Landesverteidigung zu schwächen. Er wandte sich dann noch mit aggressiven Äußerungen gegen den Premierminister selbst, so daß aus dem Wortwechsel ein Tumult im Unterhaus entstand.

Tatsächlich machen sich nach dem Bekanntwerden der Waffenstillstandsbestrebungen in Korea in England Strömungen bemerkbar, die das Tempo der Aufrüstungspolitik herabzusetzen bestrebt sind. Außer dem Verteidigungsminister wird zu diesen Kreisen auch der Lordsiegelbewahrer Stoks gezählt. Der ehemalige Arbeitsminister Bevan will derartige Bemühungen durch ein Manifest unterstützen, das in der nächsten Woche herauskommen soll.

Neue Spuren von Burgess-McLean?

dpa. Lissabon, 4. Juli

Besucher eines Restaurants in Estramond an der portugiesisch-spanischen Grenze glauben in zwei Fremden, die das Restaurant am 29. Juni betraten, die beiden verschwundenen britischen Diplomaten Burgess und McLean erkannt zu haben. Meldungen aus Brasilien besagen, daß

Vorwurf der SPD: Lehr hat vor den Innenministern der Länder gefordert, die Polizei solle mit kanonenbestückten Panzern ausgerüstet werden.

Entgegnung Dr. Lehr: Er habe auf dem Petersberg einmal darauf hingewiesen, daß man Geschütze brauche und im Ernstfalle Barrikaden oder bewaffneten Widerstand auf Schlackenhalde nicht durch einen verlustreichen Infanterieeinsatz brechen könne. Irgendwelche Anträge und Vorschläge in dieser Richtung seien nicht gestellt.

Vorwurf der SPD: Lehr habe den Länderinnenministern erklärt, sie hätten bei dem Auf-

bau der Bereitschaftspolizei versagt, deshalb müsse er den Bundesgrenzschutz auf zwanzigtausend Mann erhöhen.

Entgegnung Dr. Lehr: Die von den Alliierten zugestandenen dreißigtausend Mann kasernierte Polizei, die sich in die Bereitschaftspolizei der Länder, den Bundesgrenzschutz und die Bereitschaftspolizei des Bundes (je 10 000 Mann) gliedern sollten, müßten jetzt „richtig dastehen“. Heute sei die Bereitschaftspolizei der Länder erst bei einem Drittel ihrer Sollstärke, während der Bund Ende Juli seine zehntausend Mann stehen habe. Es gehe nicht an, wie es die SPD verlange, daß die Grenzschutzverbände bereits in der Bereitschaftspolizei der Länder enthalten seien. Auch habe er nicht zugelassen, daß die Länder ihre Ordnungspolizei einfach in eine — vom Bund bezahlte — Bereitschaftspolizei umgruppierten.

Abschließend kündigte Dr. Lehr an, die Bundesregierung werde wahrscheinlich nach den Parlamentsferien die Erhöhung des Bundesgrenzschutzes auf zwanzigtausend Mann im Bundestag beantragen, nachdem die Verfassungsänderung, die für eine Bundesbereitschaftspolizei notwendig ist, kaum zu erreichen sei. Auf diese Weise habe dann der Bund zwanzigtausend Mann kasernierte Polizei zur Verfügung.

Persien-Entscheidung im Haag steht bevor

Geheimverhandlungen zwischen AIOC und persischer Oelgesellschaft

dmf. London, 4. Juli

In einer öffentlichen Sitzung wird der Internationale Gerichtshof im Haag am Donnerstag mittags die Entscheidung über den Antrag Großbritanniens gegen Persien verkünden. Durch die von den Engländern beantragte einstweilige Verfügung sollen durch das Verstaatlichungsgesetz keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden, die der endgültigen Entscheidung in diesem Rechtsstreit vorgreifen.

Inzwischen scheint man in Teheran eingesehen zu haben, daß auch die Briten nicht ohne weiteres auf ihre Rechte verzichten werden und daß durch die Zurückziehung des britischen Fachpersonals und der Tankschiffe die Ausbeutung

der persischen Erdölvorkommen praktisch unmöglich wird. Diese Erkenntnis dürfte auch die Bereitwilligkeit zu geheimen Besprechungen gefördert haben, die der Vorsitzende der iranischen Erdölkommission, Senator Daftari, mit Vertretern der Anglo-Iranian Oil Company über die augenblickliche Lage in Persien führt. Auch der amerikanische Botschafter Grady bemühte sich weiterhin um eine Verständigung zwischen den Engländern und Persern. Der Sonderberichterstatter des „Observer“ wurde von der persischen Regierung aufgefordert, Persien vor Samstag noch zu verlassen.

Noch keine Räumung in Abadan

dmf. Teheran, 5. Juli

Der britische Botschafter in Teheran erklärte am Mittwoch, es sei noch nicht gewiß, daß eine Stilllegung der Erdölraffinerie in Abadan auch automatisch den Abtransport des britischen Personals zur Folge haben werde. Da das zur Zeit produzierte Erdöl nicht abtransportiert werden kann, ist mit der Stilllegung der Raffinerie in etwa 12 Tagen zu rechnen.

„C'est ci Bonn“

Es ist verständlich, daß nach 1945 als eine der ersten geistigen Erscheinungsformen das politische Kabarett auf dem Plan erschien. Für die Deutschen war es nach zwölf Mauerkor-Jahren wieder neu und vor allem delikat, frei etwas sagen zu dürfen. Das Bonmot und der politische Sketch grassierten — zuerst wurde das Dritte Reich noch einmal zerfleddert, dann wagte man sich allmählich an die Besatzung heran, und zum guten Schluß, als Westdeutschland wieder zu einem staatsähnlichen Gebilde geworden war, ging es frisch-fröhlich gegen die Bonner Repräsentation.

Warum auch nicht! Man kann das, wenn man es kann. Die Münchner „Schaubude“ mit Ursula Herking und das Düsseldorfer „Kom(m)ödchen“ mit dem Ehepaar Lorentz haben gezeigt, daß mit Esprit, der aber das Wohlwollen in den Augenwinkeln nicht vermissen läßt, manches gebracht werden kann, was ansonsten mit dem Schleier der Nächstenliebe zugedeckt wird. Es ist eben das Wesen der gelungenen Karikatur, daß sie den Nagel auf den Kopf trifft. Und wenn wirklich einmal ein Spritzer daneben geht, du liebe Zeit, niemand wird sich darüber aufregen, am wenigsten wahrscheinlich diejenigen, auf die die kritische Lupe gerichtet ist. Das politische Kabarett kann sogar eine sehr positive Waffe sein, wenn sie mit dem Witz Geschmack verbindet . . . Geschmack, ja, darauf kommt es an.

Schweizer Journalisten unternahmen kürzlich eine Deutschlandreise und kamen auch nach Hamburg, besahen sich die lebensstarke Stadt, die sich unverdrossen aus ihren Trümmern erhebt, und gingen am Abend ins Kabarett. Es heißt neckischweise „Rendezvous“ und spielt zur Zeit allabendlich eine politische Revue: „C'est ci Bonn . . .“ Das könnte natürlich sehr reizvoll sein, aber leider fehlt es dem Unternehmen an

dem, was wir als Voraussetzung für ein gutes Kabarett bezeichnen: an Geschmack.

Die Bundesrepublik zum Beispiel wird dort durch eine Putzfrau, Madame West-Germania, dargestellt, die sich ihren Lebensunterhalt im europäischen Bordell verdient, angeleitet von der Bordellmutter Marianne. Kommt da ein Ami, dem die niedliche Putzfrau ausnehmend gefällt, und er möchte . . . aber sie wehrt sich, sie ist eine anständige Frau. Aber mach' auf die Dauer etwas gegen einen so vitalen Herrn; als sie „weich“ wird, stellt sich heraus, daß Konrad (welcher bloß?) sie ohnehin an sämtlichen Amis verkauft hat . . .

In diesem Stil geht es weiter, sämtliche Minister erscheinen als Diktatoren oder Schieber, und die respektlosen Textschreiber haben nicht einmal vor der Person des Bundespräsidenten halt gemacht. Zum guten Schluß wird noch eine saubere Portion Antisemitismus verabreicht . . . gefällt einem bestimmten Publikum immer, und das zahlt ja auch und verlangt etwas für sein Geld.

In der Baseler „Nationalzeitung“ hat ein Schweizer Journalist ausführlich über seinen Hamburger Besuch geschrieben und leider sehr ausgiebig über das „Rendezvous“. Zu welchen Schlußfolgerungen er kommen mußte, ist wohl klar. Das Ausland wird nie begreifen, mit welcher Inbrunst wir unser eigenes Nest beschmutzen. Der Schweizer Journalist gelangt schließlich zu der Feststellung: „Wer dieses Kabarett nicht völlig deprimiert verläßt, dem ist nicht zu helfen — aber das Publikum war begeistert.“

Wir sind es auch, nämlich deprimiert. Wenn es tatsächlich ein gedankenloses Publikum gibt, das solche „Witze“ belacht, so sollen die Schweizer wissen, daß in Deutschland auch genug Staatsbürger vorhanden sind, die diese Art Kabarettiererei verurteilen. Wir zählen uns dazu. Gü.

Bewaffnung zum Aussuchen

A. Z. Zu den wenigen Voraussagen, die prompt eingetroffen sind, gehört die Ankündigung, daß die Frage eines deutschen Sicherheitsbeitrages nach den französischen Wahlen erneut aktuell werden würde. Die Debatte darüber ist denn auch wieder im schönsten Gange, obwohl das allgemeine Rätselraten in der Auslandspresse deutlich zeigt, daß die Delegierten auf dem Petersberg und in Paris ziemlich dicht gehalten haben und deshalb niemand sagen kann, wie das Rennen zwischen Europa-Armee und Atlantik-Streitmacht augenblicklich wirklich steht. Je nach ihrer Quelle sind die Meldungen ganz verschieden. Von dem französischen Festhalten an Kampfgruppen in Stärke von rund 6000 Mann bis zu einem amerikanischen Vorschlag für vier regelrechte deutsche Armee-Korps mit neun Infanterie- und drei Panzer-Divisionen und von 100 000 bis 250 000 deutschen Soldaten laufen die Kombinationen. Das gleiche Spiel wird mit den höheren Kommandostellen betrieben. Die einen behaupten, die Franzosen wollen keine deutschen kommandierenden Generale, die andern wissen, daß sie sogar ihre Einwände gegen einen deutschen Generalstab haben fallen lassen. Mit und ohne Luftwaffe, Marine oder Panzer — zum Aussuchen.

Des Rätsels Lösung ist darin zu sehen, daß weder auf dem Petersberg noch in Paris eine Einigung erzielt worden ist und die einzelnen Meldungen deshalb verzerrt nur die verschiedenen Meinungen der beteiligten Länder widerspiegeln. Die Aufgabe der Sachverständigen konnte nur theoretischer Natur sein, weil zwei verschiedene Themen zur Debatte standen. In Paris ging es um deutsche Verbände für die Europa-Armee und deren Eingliederung in die Streitmacht Eisenhower, wobei die Amerikaner und Engländer nur als Beobachter vertreten waren, während auf dem Petersberg über eine deutsche Beteiligung an der Atlantik-Armee verhandelt wurde, und zwar hier mit den Experten Frankreichs, Englands und Amerikas. Somit stehen eine kleine und eine große Lösung zur Debatte. Diese Zweigleisigkeit ist bekanntlich dadurch entstanden, daß sich die Franzosen zwar auf der Brüsseler Dezember-Tagung zusammen mit den elf anderen Mächten des Atlantikrates, entgegen ihrer völlig ablehnenden Haltung im September in Washington, für deutsche Kontingente direkt unter Eisenhower aussprachen, aber dennoch im Januar in aller Eile die Einladungen zur Plevenplan-Konferenz verschickten. Wenn die Denkschriften dieser beiden Gremien von den Regierungen geprüft sein werden, wird die letzte Entscheidung darüber, ob deutsche Verbände in die Europa-Armee oder in die Atlantik-Streitmacht eingegliedert werden sollen, vom Atlantikrat der zwölf Paktmächte gefällt werden müssen.

Das kann frühestens im August der Fall sein, nachdem dem Belgischen Antrag auf frühere Einberufung abgelehnt worden ist. Das Problem des deutschen Sicherheitsbeitrages ist also „aktuell“ wie eh und je, aber noch weit davon entfernt, etwa spruchreif zu sein. Erst wenn sich der Ministerrat der Atlantikpaktmächte als höchste Instanz endgültig für die eine oder andere Armee entschieden hat, können die eigentlichen Verhandlungen beginnen, die nicht nur auf die Forderungen und Vorbehalte der Westmächte, sondern auch auf die Wünsche der Deutschen Rücksicht nehmen müssen.

Wohl hat der Hohe Kommissar McCloy in einer von großem Verständnis für Deutschlands Lage erfüllten Rede festgestellt, es werde immer offenkundiger, daß Deutschland von den Alliierten als gleichberechtigter Partner der westlichen Gemeinschaft akzeptiert werden wird, aber es lassen sich genügend Pressestimmen des Auslands anführen, die Deutschlands Forderung nach Gleichberechtigung mehr oder weniger offen als „Erpressung“ bezeichnen. Es erhebt sich deshalb die berechtigte Sorge, ob die Westmächte unter Gleichberechtigung nicht etwas ganz anderes verstehen als wir, zumindest die Franzosen, denen die Amerikaner viel zu stürmisch sind.

Wenn eine schweizerische Zeitung von einem „neuen Nervenkrieg um den deutschen Soldaten“ spricht, wird man ihr nur recht geben müssen, denn es schafft bloß Unruhe und Verwirrung, die Dinge bereits so darzustellen, als sei der Plan der Alliierten für eine neue Wehrmacht nun fix und fertig. Eher trifft das Gegenteil zu. Wie noch stets im Westen bestehen viele Pläne, aber es gibt noch keinen gemeinsamen Plan für unsere Bewaffnung. Es wird sogar noch erhebliche Auseinandersetzungen unter den Alliierten selber und auch mit uns setzen. Für die Bundesrepublik kann das Problem erst dann spruchreif werden, wenn die politischen Voraussetzungen ihrer Gleichberechtigung geschaffen worden sind, die General Eisenhower sehr richtig als die Bedingung für Deutschlands Sicherheitsbeitrag bezeichnet hat. Bis dahin tun wir gut, die Entwicklung weiter in Ruhe — aber mit Aufmerksamkeit — zu verfolgen.

Die Seite der Heimat

Halver, den 5. Juli 1951

„Zeitung bitte nachschicken“

Das Schönste am Urlaub ist bekanntlich neben der Vorfreude auch die Vorbereitung auf diese herrlichen Wochen mit all ihren Wünschen, Hoffnungen und Plänen. Doch gilt es an alles zu denken, damit man die Wohnungstür beruhigt hinter sich schließen kann.

Hoffentlich stehen Sie sich mit der Flurnachbarin so gut, daß sie freundlichweise die Pflege ihrer Topfpflanzen übernimmt, hier und da einmal die Fenster der Wohnung öffnet und während ihrer Abwesenheit mit einem Blick nach dem Rechten sieht. Vergessen wir nicht, sorgfältig den Gashahn abzudrehen, die Wasserleitung zu dichten, die Betten abzuziehen und sie mit einem Laken zu überdecken. Ein letzter Blick auf die Vorräte sei unbedingt getan, um bei der Rückkehr nicht vor verdorbenen Lebensmitteln zu stehen. Am besten, man ißt die Wurst und den Käse mitsamt der noch vorhandenen Butter bei einem kräftigen „Abschiedsfrühstück“ auf. Daß wir uns unsere Heimatzeitung in die Ferien nachschicken lassen, ist wohl selbstverständlich, ebenso, daß wir an die Gas- und Telefonrechnung denken und einen Betrag zur Verrechnung zurücklassen, sonst kann es uns passieren, daß wir beides bei der Rückkehr gesperrt vorfinden.

Für unterwegs empfiehlt es sich, eine kleine „Tasche für den Notfall“ zu packen, besonders dann, wenn man mit Kindern reist. Nähzeug, Ersatzknöpfe und ein Heftpflaster für die Erste Hilfe sei darin griffbereit zur Hand. Man erspart sich mit diesen Kleinigkeiten viel Ärger und hat mehr von der Fahrt. Ein besonderes Kapitel ist das Packen. Hier muß jeder mit sich selbst fertig werden. Es sei nur soviel gesagt, daß man auch im Sommer ein paar warme Sachen mitnehmen muß, denn nicht immer strahlt die Urlaubs-sonne ungetrübt vom Himmel. Herold

Halver

Alles vermagelt

Leider z. T. im wahren Sinne des Wortes, denn der Kaltlufteneinbruch am gestrigen Nachmittag war doch ungewöhnlich heftig. Schlimmes ahnend, versuchte man allenthalben die Heuernte so weit es möglich war ins Trockene zu bringen. Der dann einsetzende Hagelschlag war derart stark, daß es selbst „Mark-Sauerland“ zuviel wurde. Die Busse fuhren in diesem Unwetter Schritt und waren mitunter fast gezwungen anzuhalten.

Reparatur eines Hydranten

Seit kurzem führen Gemeindearbeiter in der von-Vincke-Straße an einem Hydranten Reparaturarbeiten aus. Hierzu mußte der Bürgersteig aufgerissen werden, jedoch ist die Baustelle ausreichend gekennzeichnet und in den Abendstunden beleuchtet.

Ein Hinweis des Gartenbauvereins Halver

Immer wieder hört man Klagen darüber, daß in den Gärten die frisch gesetzten Koblplflanzen von den wilden Kaninchen abgefressen werden. Derer soll es so viel geben, daß sie zu einer wahren Plage geworden sind. Wie uns vom Gartenbauverein Halver mitgeteilt wird, gibt es gegen das Abfressen der jungen Koblplflanzen aller Art ein einfaches, aber wirksames Schutzmittel: nach dem Pflanzen sofort mit E 605-Staub bestäuben, oder mit E 605-0,03 (d. h. 3 gr auf 10 Liter Wasser) spritzen.

Verwendungsverbot für Enteneier

In den letzten zwei Jahren haben die deutschen Gesundheitsbehörden festgestellt, daß die Zahl der Einzel- und Gruppenerkrankungen nach dem Genuß von Enteneiern durch Infektion mit Paratyphusbazillen immer mehr ansteigt. Die Bundesregierung wird deshalb die Verordnung über die Verwendung von Enteneiern ausweiten. Künftig dürfen gewerbliche Betriebe, in denen Nahrungsmittel hergestellt oder zubereitet werden, insbesondere Teigwaren- und Nahrungsmittelfabriken, Speiseeisanstalten, Hotelküchen, Konditoreien, Speiseanstalten, Krankenhäuser, Alters- und Jugendheime, Erziehungsheime, Gemeinschaftsküchen, Werkküchen und

Halver und die Beethovenhalle

Beim Abschied von Halver und Kierspe versicherte Elly Ney, die Tage und Abende im dörflichen Sauerland würden ihr unvergessen bleiben. Es ist nun nicht so, als wäre dieses Bekenntnis zu unserer Gastlichkeit von ungetrübter Freude gewesen. Froh und glücklich war die Meisterin allerdings, daß sie ausgerechnet in zwei kunstliebenden und ihr mittlerweile vertraut gewordenen ländlichen Kulturgemeinden die geplante Summe von 20 000 DM für das Künstlerzimmer in der neu erstehenden Beethovenhalle zu Bonn abrunden konnte.

Wer also in Zukunft von den Halveranern oder Kierspern in die Bundeshauptstadt kommt und das Gebäude des neuen Musiktempels gedeihen sieht, der darf sich sagen, daß auch rund 1700 sauerländische Groschen in den Steinen und Tafelungen „umgehen“. Im übrigen soll das Künstlerzimmer einen Meister-Flügel bekommen, eine Couch, ein Waschbecken, kurz alles, was zum Ausspannen und zum Ueben für auftretende bzw. pausierende Künstler vonnöten ist.

Aber Elly Ney gab in der Stunde des Abschieds (die Künstlerin reiste von der Karlshöhe nach Düsseldorf, wo sie am 29. Juni zu spielen hatte) zu, daß ihr das Unglück des Großfeuers in der letzten Nacht auf die Seele gegangen sei. Weniger des erregenden und böse Erinnerungen weckenden Sirengeräusches wegen, vielmehr um des Menschenopfers willen, das der Brand, wenn auch nur mittelbar, gefordert habe.

Nach diesem Eingeständnis schwig die Künstlerin lange. Ihre Ehrfurcht vor einem Schicksal war seit jeher groß, und sie etwacht von neuem, wo immer ein Schicksal den Weg verstellt, wie in der Brandnacht von Ende Juni. Darum weigerte sich Elly Ney auch, als sie am Morgen des 29. 6. 1951 durch's Dorf ging, um einige Ein-

Tage der Hilfe:

Auch das DRK Halver gegen die Not der Zeit

Die Sammelaktion der DRK-Bereitschaft Halver – Aus der Wohlfahrtsarbeit des Deutschen Roten Kreuzes

Vom kommenden Wochenende ab findet 14 Tage lang eine besondere Werbeaktion für das Deutsche Rote Kreuz auch in Halver statt. Ab Samstag wird in Halver eine Haus- und Straßensammlung durchgeführt. Am Sonntag findet auf dem Marktplatz ein Werbekonzert für das DRK statt, an dem der Posaunenchor und der MGV Halver beteiligt sind. Für den 21. und 22. Juli wurde auch das Gelände des Bundesbahnhofes Halver für diese Sammlung freigegeben. Es werden Abzeichen und Autokleber angeboten werden. Auch die Schüler und Schülerinnen der Halverschen Mittel- und Berufsschule beteiligen sich an der Sammlung. Ein Lautsprecherwagen wird in den Straßen Halvers auf die Wichtigkeit der Sache hinweisen.

175 000 Vermißte, 260 000 Kriegshinterbliebene, 80 000 Schwerbeschädigte, 845 000 Flüchtlinge, 147 000 Wohlfahrtsempfänger allein in Westfalen. Das sind Zahlen, die ahnen lassen, wieviel Sorge und Not sich hinter der Wohlstand vortäuschenden Fassade unserer wiedererstehenden Städte verbirgt.

Zu helfen, wo gerade Hilfe erforderlich ist, ist Aufgabe des Roten Kreuzes in aller Welt. Aus dieser Einstellung heraus ergibt sich die Nachkriegsarbeit des Deutschen Roten Kreuzes von selbst. Fürsorge für Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Heimkehrer, Kriegsversehrte, Zusammenführung zerrissener Familien, Einrichtung von Alters-, Müttererholungs- und Kinderheimen, von Uebnachtungs- und Lehrlingsheimen, Kindertagesstätten, Nähstuben, Gemeindepflegestationen bestimmen neben dem Gesundheits- und Suchdienst im wesentlichen die heutige Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes.

Allein 136 Heime und Einrichtungen

hat das Deutsche Rote Kreuz in Westfalen nach dem Kriege geschaffen, in denen Kranke und Er-

Was brachte der 1. Juli?

Die neuen Steuererhöhungen

Die folgenden Ausführungen bringen wir als Ergänzung zu unserem Bericht über das neue Einkommensteuergesetz in der Montag-Ausgabe.

Die Umsatzsteuer erhöht sich von 3 auf 4 v. H. Unverändert bleibt sie nur dort, wo sie bisher 1,5 v. H. betrug, sowie bei einigen Nahrungsmitteln mit 3 v. H. Der Umsatzsteuererhöhung entspricht die Tabaksteuerermäßigung. Für Vorräte beim Tabakhandel und der Tabakindustrie wird die Tabaksteuer im Ausmaß der Steuerensenkung zurückvergütet. Die Umsatzsteuer-Durchführungs-VO, die ebenfalls geändert wird, sieht vor, daß der Lohnveredlungsverkehr mit dem Auslande in Zukunft allgemein umsatzsteuerfrei ist. Die Ausfuhrvergütung der Umsatzsteuer wird für Fertigwaren auf 2,5 v. H., für Halbwaren auf 1 v. H. und für sonstige Waren auf 0,5 v. H. festgesetzt. Für Produzenten wird, soweit sie auch direkte Einzelverkäufe betreiben, eine zusätzliche Umsatzsteuer von 3 v. H. der einschlägigen Verkaufserlöse eingeführt. Hiervon sind ausgenommen Verleger von Zeitungen und Zeitschriften und Produzenten, die nur ein einziges Stückgeschäft betreiben, das sich auf dem Fabrikgrundstück befindet; weiter Unternehmen, die nicht mehr als 10 Mann beschäftigen und deren Jahresumsatz 200 000

Anstaltsküchen sowie ähnliche Einrichtungen keine Enteneier mehr verarbeiten. Eine Gefahr liegt vor allem in dem Verbrauch von angebrüteten Enteneiern, in denen die Bazillen sich besonders stark vermehrt haben. Die Zahl der Entenfarmen ist in der letzten Zeit beträchtlich angewachsen, deshalb fallen immer mehr Eier an, die sich bei der künstlichen Bebrütung als nicht befruchtet erweisen. Diese Eier müssen von der menschlichen Ernährung ausgeschlossen werden. Eine Verarbeitung der angebrüteten Eier zu Eipulver wird erlaubt sein, damit keine allzu große Schädigung der Entenzüchter entsteht. Zu Futterzwecken dürfen die angebrüteten Eier nur feilgeboten werden, wenn sie deutlich gekennzeichnet sind.

Halver und die Beethovenhalle

käufe zu besorgen, da und dort neues Lob und neuen Dank für ihre Sonaten hinzunehmen. Sie fühlte ihre Leistung überschattet. Sie glaubte, zurückweichen zu müssen vor der stärkeren Uebermacht des Wirklichen und Unentinnbaren, das sich ereignet hatte, und an dem sie nachhaltig teilnahm, mitfühlend, stumm, vielleicht sogar mitleidend; denn die Mütterlichkeit dieser Frau ist groß gegenüber dem Teuersten, was sie kennt: dem Menschen, sei es dem einzelnen.

Aus der jüngeren Musikgeschichte wissen wir, daß ein Enrico Caruso sich geehrt fühlte, wenn er, weltberühmt, nicht nur in der Scala zu Mailand und in der Metropolitan-Oper zu New York singen durfte, sondern auch in den entlegensten Dörfern der Abruzzen. Ein hochmütiger Mensch wäre ein Bankrotteur, meinte er, und jede Blasiertheit schmeichelte dem Teufel, so meditierte er weiter. Dann warf er seinen Reichtum unter die Einsamsten.

Elly Ney tut es diesem Manne gleich, wenn sie heute — in einer kulturgelähmten Epoche — gläubig umherzieht, von deutscher Seele zu künden, wie sie vom Werk Beethovens für uns alle offenbart wird. So empfängt durch Elly Neys hohe Kunst ein Bekenntnis des Meisters immer neue Lebendigkeit: „Keiner, dem sich meine Musik erschlossen hat, wird jemals wieder ganz elend werden können.“

Die Künstlerin versprach das Wiederkommen. Wenn auch nicht so bald. Heinz Steguweit.

Vogelsprachenkunde

Kürzlich sagte mir ein gewiegter sauerländischer Vogelkenner, daß zwei verschiedene Vögel unserer Heimat äußerlich nicht zu unterscheiden seien, lediglich am Gesang merke man den Unterschied. Dazu sei gesagt, daß es über-

holungsbedürftige, Kinder, Flüchtlinge und alte Leute liebevolle Betreuung und Heimat gefunden haben. Was es unter den heutigen Verhältnissen heißt, ein solches Heim einzurichten und zu unterhalten, dürfte jedem Einsichtigen klar sein. Wieviel Mut, wieviel Bittgänge, wieviel Sorge und Arbeit und wieviel Vertrauen auf die Unterstützung durch die Bevölkerung gehören dazu. Ohne die großzügige Hilfe ausländischer Rotkreuz-Gesellschaften wären viele dieser Heime nicht entstanden. Die Hilfe des Auslandes hat jedoch nachgelassen und das Deutsche Rote Kreuz ist mit seinen Schützlingen auf die verständnisvolle Unterstützung durch die eigene Bevölkerung angewiesen.

Ueber 9000 Mitglieder sind in Westfalen

ehrenamtlich in der Wohlfahrtsarbeit des Deutschen Roten Kreuzes tätig. Von seinen Mitgliedern erfährt das Deutsche Rote Kreuz Fälle besonders krasser Not. Die Heimkehrer- und Vermisstenfamilien kennt es schon aus der Suchdienstarbeit. Die Zusammenarbeit mit anderen Wohlfahrtsverbänden und dem Wohlfahrtsamt

DM nicht übersteigt. Die bisher schon angewendete Umsatz-Zusatzsteuer für mehrstufige Produkte der Textilindustrie bleibt in Kraft. — Die Beförderungsteuer erhöht sich von 3 auf 4 v. H.

Als Einkommensteuer-Aenderung ist besonders der Wegfall der Paragraphen der Siebenergruppe, die die Selbstfinanzierung begünstigten, bedeutsam. Lediglich Baukostenzuschüsse und Schiffbauzuschüsse können unter verschärften Bedingungen noch steuerbegünstigt gegeben werden. Die begünstigte Wiederbeschaffung von Wirtschaftsgütern nach § 7a bleibt nur für Vertriebs- und NS-Verfolgte. Wiederbeschaffungen, die noch vor dem 1. Juli getätigt werden, können voll nach den jetzt geltenden Bestimmungen abgesetzt werden. Für den Arbeitnehmer ist wichtig die stärkere Besteuerung der Ueberstundenentlohnung. Ab 1. Juli werden die Grundlöhne, die bisher dem Einheitsatz von 5 v. H. unterlagen, dem sonstigen Verdienst zugerechnet und mit ihm zusammen versteuert. Lediglich die tariflichen und gesetzlichen Zuschläge für Nacht-, Mehr- und Feiertagsarbeit bleiben steuerfrei. Die bisherige Obergrenze von 7200 DM Jahresverdienst für die Anwendung dieser Bestimmung bleibt bestehen.

Neben den anderen Erschwernissen bei der Einkommensteuer und bei der Errechnung des steuerbaren Gewinns wird der Steuersatz der Körperschaftsteuer von 50 auf 60 v. H. heraufgesetzt. Schließlich fallen fast alle Zollbegünstigungen weg. Das wird besonders die Mineralölindustrie berühren, da der bisherige Gleit-zoll nicht mehr angewendet wird. Stattdessen wird Rohöl mit dem Zoll belegt, der auf das aus ihm erzeugte Fertigprodukt entfallen würde. Nur Zucker, Kautschuk und Getreide bleiben zollbegünstigt. Außerdem bleibt die Zollbegünstigung eingeschränkt bei den Waren bestehen, die nach dem Torquay-Tarif zu einem Satz verzollt werden, der unter dem bisherigen Normal-zoll liegt. In diesen Fällen soll bereits der Satz des Torquay-Tarifs angewendet werden. □

hauptsächlich ist, den Vogel nach seinem Gesang zu bestimmen, als nach seinem äußeren Erscheinungsbild. Zumal ja auch die meisten kleinen Sänger sich geschickt zu tarnen vermögen, oder einfach zu weit von uns entfernt sind, um sie genau bestimmen zu können. Die weitaus größte Zahl der Vögel ist ja bestrebt, zwischen sich und dem Menschen einen möglichst großen Abstand zu wahren. Sie haben leider keine besonders gute Meinung von den „Herrschern“ der Erde.

Es ist aber andererseits nicht zu leugnen, daß der Gesang der Vögel zu allen Zeiten auf viele Menschen einen nachhaltigen Eindruck gemacht hat. Da uns jedoch die Fähigkeit, auch die Sprache der Tiere zu verstehen, versagt ist, behält sich der naturverbundene Mensch seit je mit der Deutung des Vogelgesanges nach seiner Phantasie. Und da kamen dann häufig sehr ergötzliche Dinge zutage, von denen hier nun einige erzählt werden sollen.

Der Buchfink ist ein echter Sauerländer und darum spricht er natürlich platt. Weil die Weibchen im Herbst fortziehen, fragt er schon im zeitigen Frühjahr: „Siegg, siegg, siegg, siegg, hiast du miene Graite nit esahn?“ Da die Graite noch nicht von der Reise zurück ist, können wir sie natürlich noch nicht gesehen haben. Weil er aber immer weiter fragt, wird es dem Sperling schließlich zuviel und er fordert seine Kollegen auf: „Schilt, schilt, schilt“. Den Aufruf zum Schimpfen lassen die sich nicht zweimal sagen: „Schiet, biet, driet, terriet“, geht es auf sämtlichen Dachrinnen los. Jeder anständige Vogel verläßt sofort das Lokal und die Schwarzdrossel zetert: „O gittegittegittegitte“. Nur die bunte Kohlmeise behält die Nerven. Nachdem sie im Apfelbaum noch einige Bauchwellen gedreht hat — sie ist Vorturnerin — fordert sie unmißverständlich zur Arbeit auf: „Spinn dicke, spinn dicke, spinn

ermöglicht, die Bedürftigsten herauszugreifen. Durch Sachspenden (Lebensmittel, Kleidung, Hausrat) wird versucht, die materielle Not zu lindern.

Ueber 123 000 Personen

wurden in Westfalen im letzten Jahre wirtschaftlich betreut. Ein Drittel der Spenden stammte von ausländischen Rotkreuz-Gesellschaften.

In 93 DRK-Nähstuben in Westfalen

wird Kleidung und Wäsche ausgebessert und neu genäht. Der Umfang der materiellen Hilfe läßt sich errechnen, jedoch nicht das Ausmaß der Arbeit, die die persönliche Betreuung mit sich bringt. Da sind die Bemühungen um die Zusammenführung von Familien, die durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse getrennt worden sind, da sind in Krankheitsfällen geeignete Hauspflegen zu vermitteln, müssen bei besonders hilflosen Menschen Wege zum Wohlfahrts-, Wohnungs- oder Arbeitsamt übernommen werden, da sind Bittgänge bei Bekannten für Kleidung, Lehrstellen usw., da werden Annoncen und Stellenangebote laufend für Arbeitslose und andere Hilfsbedürftige, die sich keine Zeitung halten können, herausgeschnitten und da ist so manche Frau von zurückgehaltenen Kriegsgefangenen, die regelmäßig kommt und ihr Herz ausschüttet.

Auf die Mitarbeiterinnen in der DRK-Wohlfahrtspflege drängt eine solche Fülle menschlichen Leides ein, daß sie nicht immer materiell helfen können, aber wie oft fällt schon ein Wort — erteilt in warmerherziger mütterlicher Weise — auf fruchtbaren Boden und gibt dem Menschen neuen Lebensmut. Das ist das schlichte Helfen und das große Verstehen von Mensch zu Mensch. Das ist dieselbe Hilfsbereitschaft, die Henry Dunant nach der Schlacht bei Solferino zur Gründung des Roten Kreuzes bewogen hat. Diesen Geist der Hilfsbereitschaft zu pflegen und zu unterstützen, ihm die Mittel zu seiner Betätigung an die Hand zu geben, ist Sache jedes Einzelnen von uns.

Schwenke

Weg damit!

Bekanntlich wird die Strecke von Ennepe in Richtung Radevormwald nicht immer im Kinderwagentempo befahren. Das ist in dieser vollkommen geraden Straße auch nicht notwendig, und doch gibt es hier eine Gefahrenstelle; dort nämlich, wo die Straße einen leichten Knick nach rechts, von der Talseite her gesehen, macht, steht allerlei Buschwerk, das jetzt, da alle Bäume belaubt sind, die Sicht behindert. Es wäre an der Zeit, diese sich behindernden Büsche zu entfernen, selbst wenn es sich, wie von berufener Seite betont wurde, um Weidenbüsche handelt. Es sind im Zuge der Sichtverbesserungen allein im Bereich der Gemeinde Halver schon viele Weidenbüsche an den Straßenrändern gefallen.

Rüdfahrtarten aus besonderem Anlaß

Zu folgenden Veranstaltungen gibt die Bundesbahn Sonntagsrückfahrkarten aus:

Zur Heiligstumsfahrt in Aachen 8. bis 22. 7. 51 nach Aachen Hbf. von allen Bahnhöfen im Umkreis von 200 km.

Zur Heiligstumsfahrt in Kornelimünster 8. bis 22. 7. 51 nach Kornelimünster von allen Bahnhöfen im Umkreis von 75 km.

Für den Pilgerverkehr nach Telgte bis zum 1. November 51 an jedem Mittwoch und am Samstag/Sonntag von allen Bahnhöfen im Umkreis von 150 km um Telgte.

Zum Besuch der Bauausstellung „Constructa“ Hannover (3. 7. bis 12. 8.) von allen Bahnhöfen im Umkreis von 200 km um Hannover und außerdem von den Bahnhöfen Düsseldorf Hbf., Hagen Hbf., Wt.-Barmen, Wt.-Elberfeld, und Wt.-Oberbarmen.

fien“. Und schon hängt sie wieder kopfunter und jagt nach Kerfen.

Wandern wir aus dem Ort heraus, hören wir in der Ferne aus dem Walde den Specht läuten: „glück, glück, glück“. Nun, wenn dieser zauberkundige Vogel es uns wünscht, wird es sicher nicht fehlen. Auf einer Jungfichte wiegt sich die Goldammer und schickt ihre elegische Versicherung immer wieder über das Land: „Di, di, di, di, di hab ich so liliieb“. Das Weibchen nimmt es geschmeichelt zur Kenntnis (es müßte ja auch keine Frau sein). Dem Bauer, der drüben am Hang schafft, ruft die Rabenkrähe zu: „Grab, grab, grab, grab“. Natürlich soll er nur graben, damit sie hinterher die Larven und Engerlinge erwischen kann. Aus dem Brombeergebüsch aber schmettert gellend der „König ohne Land“, der Zaunkönig seine uralte Devise, trotz Republikenschutzgesetz: „Kuenik sie ick, Kuenig sie ick, zick“, solange hinter uns her, bis wir es glauben. Da es aber inzwischen Abend geworden ist, machen wir uns wieder auf den Heimweg, unentwegt begleitet von dem süßesten Vogelgesang, von Rotkehlchen's „Silberlied ohne Worte“. Wer sich von diesem perlenden Liede nicht getrübet fühlt, dem ist nicht zu helfen.

Schon blitzten die ersten Lichter in der Ferne auf. Noch einmal umschließt uns der Wald, aus dessen tiefem Dunkel nun der etwas grügelige Ruf des Käuzchen klingt: „Komm mit, komm mit, zur Ruuuu“. Aber den Ruf eines Totenvogels verdient es ganz und garnicht. Sein Lied ist eher eine schöne Aufforderung, nach des Tages Arbeit sich nun der wohlverdienten Ruhe hinzugeben.

Wie dem nun auch sei, steckt nicht trotzdem ein tiefer Sinn hinter diesen phantasiereichen Deutungen des Vogelliedes?

Richard Althaus

Verfassungsgericht arbeitet bald

dmt. Bonn, 5. Juli

Mit der Wahl des Präsidenten, des Vizepräsidenten und der Hälfte der Bundesrichter für die beiden Senate des Bundesverfassungsgerichts durch das Wahlmännergremium des Bundestages in der kommenden Woche wird die Funktionsfähigkeit dieses Gerichtshofes in Kürze erreicht sein.

Ueber die Kandidaten für die Wahl zu Bundesrichtern ist unter den Parteien im wesentlichen Einigung erzielt worden. Auch der Vizepräsident scheint in der Person des früheren schweig-holsteinischen Justizministers Dr. Katz gefunden zu sein. Für den Posten des Präsidenten wird der Name des Bundestagsabgeordneten Dr. Pünder als aussichtsreichsten Kandidaten genannt.

Strafverfahren gegen Abgeordnete

dpa, Bonn, 4. Juli

Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Bonn hat beim Bundespräsidenten beantragt, daß die Immunität der Abgeordneten Anton Aretin (BP), Ludwig Volkholz (BP), Hermann Aumer, Georg Mayerhofer (BP) und Anton Donhauser aufgehoben wird. Die Staatsanwaltschaft will auf Grund der Ergebnisse des „Spiegel“-Untersuchungsausschusses Strafverfahren gegen die Abgeordneten wegen falscher Eidesleistung, Steuerhinterziehung und Unterschlagung einleiten.

Schadenanmeldungsgeleß fiel

rdt. Bonn, 4. Juli

Nachdem die Bundestagsfraktionen von CDU und FDP am Vortage ausdrücklich verlangt hatten, daß Schadenanmeldung und Schadensfestsetzung in einem Gesetz geregelt werden sollen, hat der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für den Lastenausgleich, Kunze, am Mittwoch auf einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vertriebenenausschuß erklärt, das als „Vorschaltgesetz“ gedachte Schadenanmeldungsgeleß sei durch diese Haltung der Regierungspartei erledigt.

USA verweigern Abberufung

dmt. Budapest, 5. Juli

Die USA haben die Abberufung dreier amerikanischer Diplomaten aus Budapest abgelehnt, die von der ungarischen Regierung in einer scharfen Note mit der Begründung, daß die Mitwirkung der Betroffenen bei den „Verbrechen des Erzbischofs Grosz“ erwiesen sei, gefordert worden war.

„40prozentige Mieterhöhung notwendig“

Handschumacher: gesamter Hausbesitz in Westdeutschland unrentabel

lh. Hannover 4. Juli

Die Jahrestagung des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer Westdeutschlands wurde am Mittwoch in Hannover eröffnet. Vor Pressevertretern erklärte der Präsident Dr. Handschumacher, daß eine Erhöhung der Mieten um vierzig Prozent für die Rentabilität des Hausbesitzes notwendig sei.

Der Zentralverband sei sich klar darüber, daß diese Forderung erst allmählich erfüllt werden könne, wenn wirtschaftliche Erschütterungen vermieden werden sollen. Mit einer 25prozentigen Erfüllung seiner Forderung wolle sich der Verband im Augenblick zufrieden geben. Siebzig Prozent aller Hausbesitzer seien heute kleine Leute, die die Substanz ihres Besitzes ohne Mietpreiserhöhung nicht erhalten könnten.

Ruhrstatut heute überholt

dmt. München, 4. Juli

Vizekanzler Blücher stellte am Mittwoch im bayrischen Rundfunk fest, daß das Ruhrstatut der heutigen Zeit nicht mehr gerecht werde. Es sei im Interesse der ausländischen Gläubiger, so erklärte Blücher, mit dem Hinweis auf die Londoner Schuldenkonferenz, wenn dafür gesorgt werde, daß wir hinsichtlich Kohle, Rohstoffen und Krediten zurechtkämen. Es sei eine irreführende Feststellung, daß der Produktionsindex gegenüber den letzten Vorkriegsjahren 130 Prozent ausmache. Gemessen an der Bevölkerungszahl habe der Produktionsindex im April 89 Prozent der Produktion der letzten Vorkriegsjahre betragen.

Handelsbepfehlungen in Berlin

g. Berlin, 4. Juli

Die ostdeutsche Nachrichtenagentur ADN kündigte Mittwochnachmittag die Paraphierung des neuen Interzonenabkommens für Donnerstag, den 5. Juli an. Außerdem stellt sie die baldige Unterzeichnung des Abkommens in Aussicht.

Tatsächlich ist nach Informationen aus Westberlin durch die Paraphierung in der Praxis nichts erreicht. Die Verhandlungspartner stellen das Verkehrsabkommen, das grundsätzlich dazu gehört, zurück. Die Klärung der damit zusammenhängenden Fragen wurde den westalliierten und sowjetischen Sachverständigen überlassen, die am Donnerstag zusammentreten. Erst nach einer Verständigung über den freien

Massenverhaftungen in Bulgarien und Rumänien

Fälle von Sabotage häufen sich — Bauern wollen Getreide nicht abliefern

lf. Wien, 4. Juli

In Bulgarien und Rumänien sind in den letzten Tagen wieder Massenverhaftungen vorgenommen worden. Tausende von Bauern, die sich weigerten, ihr Getreide abzuliefern, wurden in Straflager gesteckt, zahlreiche Beamte fielen neuen „Säuberungen“ zum Opfer. Die Schwerpunkte dieser Aktionen liegen in Bessarabien und an der Moldau, vor allem aber in Mazedonien, wo die bulgarische Regierung ständig gewarnt sein muß, daß offene Unruhen ausbrechen. Schon jetzt ist eine Art Belagerungszustand über die mazedonischen Gebiete verhängt worden.

Diese Zwischenfälle haben den Sowjets Gelegenheit gegeben, ihre Garnisonen in diesen Ländern beträchtlich zu verstärken und zahlreiche neue militärische Einrichtungen, vor

Nur 20 Zentner Hausbrand für 1951?

Nachlieferung noch ungewiß — Weitere Kürzungen nicht zu Lasten der Verbraucher

rdt. Bonn, 4. Juli

Wie der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Wirtschaftsfragen, Etzel, am Mittwoch in Bonn erklärte, sei es ungewiß, ob die vier Zentner Hausbrandkohle, die im ersten Quartal des Kohlejahres (April bis Juni 1951) zu wenig geliefert seien, später nachgeliefert werden könnten. Im ersten Quartal wurden bekanntlich anstatt sechs Zentnern nur zwei pro Haushalt geliefert. Werden diese vier Zentner nicht nachgeliefert, würde die Jahresmenge pro Haushalt also nur zwanzig Zentner betragen.

Diese wenig erfreuliche Ankündigung wird indessen durch die Versicherung gemildert, daß der Bundestagsausschuß einstimmig beschlossen hat, im Falle von weiteren Kürzungen keinesfalls die Verbraucher schlechter zu stellen. Man habe sich in der schwierigen Frage, ob man lieber mehr Erwerbslose oder eine frierende Bevölkerung in Kauf nehmen wolle, für die erstere Möglichkeit als das kleinere Uebel entschieden.

Zehn Jahre Gefängnis für Oatis

Staatsanwalt will Berufung einlegen — Erste Stellungnahme aus den USA

dmt. Prag, 4. Juli

Der tschechoslowakische Staatsgerichtshof fällt am Mittwochvormittag das Urteil gegen den amerikanischen Journalisten William Oatis, der als Korrespondent der amerikanischen Nachrichtenagentur AP der Spionage angeklagt war. Es verurteilt ihn zu zehn Jahren Gefängnis und drei mitangeklagte Angestellte des Büros zu Freiheitsstrafen von sechzehn bis zwanzig Jahren.

In seinem Schlußwort nach dem Antrag des Staatsanwalts hatte der Angeklagte erklärt, es täte ihm leid, in diesem Lande Spionage getrieben zu haben. Er entschuldigte sich damit, er habe auf falsche Befehle von draußen gehört und sei in der Tschechoslowakei unter dem Einfluß von falschen Leuten geraten. In Anbetracht seines Geständnisses hoffe er, das Gericht werde so milde wie möglich sein.

In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, die Spionage des Angeklagten werde darin erblickt, daß er auf Anforderung seiner vorgesetzten Redaktionen in New York und London Berichten über das Verschwinden des früheren tschechoslowakischen Außenministers Clementis nachgegangen sei und über Verhaftungen innerhalb der tschechoslowakischen Regierung berich-

tet hätte. Nur weil er seine Schuld eingestanden habe, sei er an der Todesstrafe vorbeigekommen. Die vier Angeklagten nahmen das Urteil an und verzichteten auf Berufung, während der tschechoslowakische Staatsanwalt Berufung gegen das seiner Ansicht nach zu milde Urteil einlegen will.

Die Nachrichtenagentur AP erklärte am Mittwoch, die Verurteilung ihres Prager Korrespondenten sei eine Verhöhnung der elementarsten Grundsätze des Rechts, denn es sei dem tschechischen Gerichtshof nicht gelungen, Oatis etwas anderes nachzuweisen, als daß er mit dem rechtmäßigen Sammeln von Nachrichten beschäftigt war. Man werde mit allen Mitteln versuchen, den Verurteilten aus seiner „grausamen und ungerechten Haft“ zu befreien.

Truman: USA weiter auf der Hut

dmt. Washington, 4. Juli

In einer Ansprache zum Unabhängigkeitstag erklärte Präsident Truman am Mittwoch, die Welt werde auch nach einem Friedensschluß in Korea noch auf lange Zeit großen Gefahren gegenüberstehen und die USA müßten deshalb auf der Hut und für alles gerüstet sein. Die schnelle Aufrüstung werde daher fortgesetzt werden.

Präsident Truman gab zu den bevorstehenden Waffenstillstandsbesprechungen in Korea der Hoffnung Ausdruck, daß die Bemühungen um die Herstellung des Friedens von Erfolg gekrönt sein möchten. Sollten die Verhandlungen scheitern, sei dies ein Beweis dafür, daß es den Kommunisten nicht wirklich um den Frieden

CDU: Deutschland will sich selbst verteidigen

Vor entscheidenden Sicherheitsbesprechungen — Abbau der alliierten Vorbehalte

dmt. Bonn, 4. Juli

Bundeskanzler Dr. Adenauer kündigte vor dem CDU-Parteiausschuß an, daß entscheidungsvolle Besprechungen mit den Alliierten über die Möglichkeit eines deutschen Sicherheitsbeitrages in Kürze zu erwarten seien. Der Parteiausschuß verlangte in einer Entschließung zu dieser Frage, daß dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben werden solle, sich selbst zu verteidigen. Voraussetzung für einen deutschen Verteidigungsbeitrag sei die volle Gleichberechtigung. Zu den Erklärungen des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy über seine Besprechungen in den Vereinigten Staaten erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer, die Äußerungen McCloy würden vielfach falsch ausgelegt. Es sei falsch, daraus zu folgern, daß die amerikanische Regierung die deutsche Verteidigungsfrage auf die lange Bank schieben wolle.

Zur Politik des Schumanplan-Vertrages nahm der CDU-Parteiausschuß in einer Entschließung positiv Stellung. Er sprach jedoch die Erwartung aus, daß die Bundesrepublik mit dem Schumanplan von den drückenden Vorbehalten befreit werde, die ihr noch durch die Alliierten

gehe. Der Präsident Heß im übrigen keinen Zweifel daran, daß der Koreakrieg nur ein Teil eines viel umfassenderen Konfliktes sei und daß die Völker sich auch in anderen Teilen der Welt immer noch der Gefahr militärischer Konflikte gegenübersehen, solange die Drohung einer sowjetischen Aggression auf ihnen laste.

UNO-Spähtrupp in Kaejong

dmt. Tokio, 5. Juli

Aus dem Bericht der 8. Armee geht hervor, daß am Mittwochnachmittag ein starker Spähtrupp in die Stadt Kaejong eingedrungen ist, ohne dort auf kommunistischen Widerstand zu stoßen. Kaejong liegt wenige Kilometer südlich des 38. Breitengrades und war bisher noch von den Kommunisten besetzt.

Die Streitkräfte der UNO setzten am Donnerstagsfrüh ihren Vormarsch im Frontabschnitt von Bonggang fort und schlugen kommunistische Gegenangriffe zurück. An den übrigen Frontabschnitten herrschte im allgemeinen Ruhe.

So kurz wie möglich

Der Deutsche Beamtenbund hat sich beim Bundesfinanzministerium dafür eingesetzt, daß die geplante Erhöhung der Beamtengehälter auch auf die Beamtenanwärter und die Beamten im Vorbereitungsdienst ausgedehnt wird.

Der amerikanische Innenminister Chapman setzte einen Ausschuß von leitenden Persönlichkeiten der amerikanischen Erdölgesellschaften ein, der für den Notfall Ausweichpläne für eine weltumspannende Reorganisation der Ölbeförderung Amerikas ausarbeiten soll.

Der Bundestagsausschuß für Geschäftsordnung und Immunität beschloß, dem Bundestag zu empfehlen, eine von der Staatsanwaltschaft Stade beantragte Strafverfahren wegen Kreditbetruges gegen den Bundestagsabgeordneten Wilhelm Bahlburg (DF) zu genehmigen.

Der diplomatische Vertreter der deutschen Bundesrepublik in Jugoslawien, Dr. Robert Ulrich, überreichte dem jugoslawischen Außenminister Eward Kardelj am Mittwoch sein Beglaubigungsschreiben.

Der Zwischenbericht über die Europa-Armee wird in der nächsten Woche fertiggestellt sein. Der Bericht wird den an der Plevnaplan-Konferenz beteiligten Regierungen zugeleitet und im Falle seiner Annahme dem ständigen Atlantikpakt-Ausschuß in London zur Stellungnahme übermitteln werden.

Die Hamburger Polizei beschlagnahmte am Dienstag in verschiedenen Stadtteilen Flugblätter des kommunistischen Komitees zur Vorbereitung der Welt-Jugendfestspiele in Ostberlin. Die Flugblätter trugen die Unterschrift des Rennfahrers Manfred von Brauchitsch als Präsident dieses Ausschusses.

Der Kreistag von Lüneburg hat am Dienstag die zuständigen deutschen Behörden nochmals aufgefordert, sich unverzüglich bei den britischen Dienststellen für die Einstellung der Manöver im Lüneburger Übungsgebiet einzusetzen.

Das Präsidium der Volksrepublik Ungarn hat angeordnet, daß die Ernennung kirchlicher Würdenträger der Zustimmung der Regierung bedarf. Unter der Verordnung, die mit rückwirkender Kraft vom ersten Januar 1946 erlassen wurde, sollen Erzbischöfe, Bischöfe, Generalvikare und höhere Ordensgeistliche fallen.

Das amerikanische Repräsentantenhaus ermächtigte die USA-Regierung am Dienstagabend Frankreich, Dänemark, Peru und Uruguay insgesamt neun Zerstörer für Geleitzüge zur Verfügung zu stellen.

aufgelegt sind. Der Schumanplan soll noch in der kommenden Woche vom Bundestag in erster Lesung behandelt werden.

Adenauer am Donnerstag bei McCloy

dmt. Frankfurt 4. Juli

In Kreisen des amerikanischen Hohen Kommissariats verlautet, daß die erste Zusammenkunft zwischen dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy und Bundeskanzler Dr. Adenauer nach der dreiwöchigen Amerikareise des Hohen Kommissars am Donnerstagnachmittag erfolgen soll.

Es wird sich um eine ausführliche Aussprache handeln, bei der zunächst McCloy dem Bundeskanzler über die gegenwärtige amerikanische Auffassung zum deutschen Verteidigungsbeitrag berichten und das Ergebnis seiner Amerikareise schildern wird. Es wird für möglich gehalten, daß dabei auch die Protokolle der Bundesregierung zum Fall Kemnitz zur Sprache kommt.

Am 3. Juli 1951 starb im Lüdenscheider Krankenhaus unser früherer Betriebsleiter

Herr Albin Unglaub

Der Verstorbene hat es während seiner langjährigen Tätigkeit verstanden, das vollste Vertrauen der Geschäftsführung sowie die Achtung seiner Mitarbeiter und Untergebenen zu erwerben.

Er war ein hervorragender Ingenieur, ausgestattet mit reichem Wissen und Können und hat durch seinen unermüdbaren Fleiß viel zum Ausbau des Werkes beigetragen.

Wir werden ihm ein treues und dankbares Andenken bewahren.

Märkisches Werk GmbH.

Die Beerdigung findet Freitag, den 6. Juli 1951, um 11.30 Uhr von der Kapelle des evgl. Friedhofes Lüdenscheid aus statt.

Trauerfeier eine halbe Stunde vorher.

Bekannt Euch zur Heimatzeitung!

Warta veredelte Seife pflegt die Haut



Suche sofort einen jungen Bäckergehilfen der auch in der Konditorei firm ist.

Fr. Schmidt, Bäckerei und Konditorei, Brügge

Putzfrau zum Reinigen der Büroräume sofort gesucht. Max vom Brocke, Eisengroßhandlung